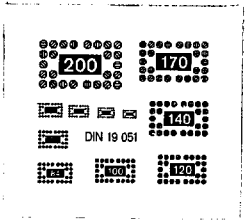

EIN SEEHEIMER BEITRAG ZUR

SOZIALDEMOKRATISCHEN PROGRAMMDISKUSSION

1. EIN SEEHEIMER BEITRAG
2. VON GODESBERG ZUM NEUEN GRUNDSATZPROGRAMM DER SPD
3. SICHERHEIT UND FRIEDEN
4. DEMOKRATIE IN STAAT UND GESELLSCHAFT
5. WIRTSCHAFTLICHE LEISTUNG UND LEBENSQUALITÄT

BONN, IM DEZEMBER 1987

C 99 - 04457

1. Ein Seeheimer Beitrag

Die Einladung zur Diskussion über das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands richtet sich an gesellschaftliche Gruppen und an die eigene Parteiorganisation. Der Seeheimer Kreis hat die Aufforderung unseres Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel dankbar aufgegriffen und wird sich an der Weiterentwicklung der Programmatik der SPD beteiligen. Dabei werden von den "Seeheimern" Schwerpunkte gesetzt, die das Selbstverständnis dieses Freundeskreises innerhalb der SPD deutlich machen.

Zentrales Anliegen der Seeheimer ist die Erhaltung - oder Wiedergewinnung - der Mehrheitsfähigkeit der SPD und ein ausgewogenes Verhältnis von Kontinuität und Wandel in der sozialdemokratischen Programmatik. Der Seeheimer Kreis hat nicht den Ehrgeiz, das "Rad neu zu erfinden" und Positionen zu definieren, bei denen es keinen programmatischen Klärungsbedarf in der SPD gibt. Er bemüht sich um die Schaffung einer tragfähigen Plattform und um eine offene und fruchtbare Programmdiskussion innerhalb und außerhalb der SPD mit dem Ziel einer höchstmöglichen Grundübereinstimmung, damit das neue Grundsatzprogramm der SPD "über den Tag hinaus" Bestand haben wird.

Programmdiskussionen dienen der gemeinsamen Vergewisserung über den Standort und die Ziele der Partei. Sie schließen die kontroverse Erörterung der Mittel und Wege ein, die ein Erreichen dieser Ziele in einem überschaubaren Zeitrahmen versprechen oder doch als aussichtsvoll erscheinen lassen. Programmarbeit bietet so die Möglichkeit zu verstärkter innerparteilicher Integration.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

C 99 - 04457

Programmdiskussionen eignen sich nicht zu verkappten Zerreißproben zwischen unterschiedlichen Positionen in der Partei. Sie müssen aber, soll ihr Zweck erreicht werden, mit Engagement und argumentativer Entschiedenheit geführt werden. Nur denn besteht Aussicht, Substanz und Gewicht vorhandener Gegensätze zu erkennen und der Versuchung zu widerstehen, sie hinter ebenso bequemen wie durchsichtigen Formelkompromissen zu verbergen.

Nicht allein die Sozialdemokratie steht vor neuen Herausforderungen. In der Art, sie anzugehen, wird sie sich von den anderen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen unterscheiden.

Anders als Konservative zeigt sich die Sozialdemokratie wacher und offener gegenüber neuen Fragen, Bewegungen und politischen Wünschen: Die Entspannungspolitik, das frühe Nachdenken über den Schutz der Umwelt und das traditionelle Eintreten für die Gleichstellung der Frauen geben davon Zeugnis. Im Unterschied zu den Liberalen vertraut die Sozialdemokratie nicht uneingeschränkt auf den Selbstlauf des Marktes und auf das Ergebnis der innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Weil sie selbst in der Regel davon betroffen waren, haben Sozialdemokraten in ihrer Geschichte einen wachen Sinn für neue Entwicklungen und Probleme gezeigt. In dieser Hinsicht berührt sie das Aufkommen neuer gesellschaftlicher Bewegungen. Anders als diese jedoch wissen Sozialdemokraten aus ihrer Geschichte, daß man jede neue Frage, jedes neue Interesse und jeden neuen Entwurf mit dem, was geworden ist, vermitteln muß.

2. Von Godesberg zum neuen Grundsatzprogramm der SPD

30 Jahre nach Verabschiedung des Godesberger Programms ist es notwendig, vor dem Hintergrund der eingetretenen Veränderungen in der Lebenswirklichkeit und im Bewußtsein vieler Menschen eine neue Verständigung über den politischen Standort und die Ziele der Sozialdemokratie zu erarbeiten. Deshalb ist die Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm der SPD zu begrüßen. Den Anforderungen, welche der Wandel an die SPD-Programmatik stellt, stehen die Erfahrungen mit den politischen Grundsatzentscheidungen von Godesberg gegenüber. Mit dem Godesberger Programm ist es der SPD gelungen, zu einer modernen linken Volkspartei zu werden. Diese Grundentscheidung muß nach wie vor Gültigkeit haben. Die Gewinnung der Regierungsfähigkeit der SPD in der Bundesrepublik Deutschland steht mit ihr in engem politischen Zusammenhang. Ein ausgewogenes Verhältnis von Wandel und Kontinuität in der sozialdemokratischen Programmatik ist notwendig. Die SPD kann das Vertrauen in ihre neuen programmatischen Ansätze am wirkungsvollsten erwerben, wenn sie verdeutlicht, daß die Grundentscheidungen von Godesberg nach wie vor Gültigkeit haben.

In zentralen Politikfeldern hat es seit Verabschiedung des Godesberger Programms im Jahre 1959 neue existentielle Herausforderungen und Problemzuspitzungen gegeben. Sie verlangen eine Ergänzung, Aktualisierung und Korrektur nicht mehr zeitgemäßer Aussagen des Godesberger Programms.

- Die Erkenntnis, daß unsere Lebensgrundlagen durch Ressourcenverschwendung, Umweltzerstörung und Hochrüstung gefährdet sind, zwingt dazu, Wege zur

Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und des Friedens als Grundvoraussetzungen jeder Politik zu einem Schwerpunkt des neuen Programms zu machen.

- Das Godesberger Programm basierte auf dem traditionellen Fortschrittsmodell und setzte auf hohes Wirtschaftswachstum durch wissenschaftlich-technische Entwicklung. Umweltprobleme haben Zweifel geweckt, ob hohe Wachstumsraten wünschenswert sind; aber ohne kräftiges Wachstum und Einsatz moderner Technologien sind gerade die Umweltprobleme nicht lösbar; Wirtschaftskrisen stellen in Frage, ob hohes Wachstum erreichbar bleibt; aber die wachsenden Probleme der Sozialen Sicherung sind bei wirtschaftlichem Wachstum besser lösbar, ohne Wachstum dagegen sind harte Einschnitte in das soziale Netz unvermeidbar. Dieser Zusammenhänge wegen brauchen wir zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität eine Neubestimmung der Ziele von Wirtschaft und Wachstum.

- Die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft und das Westliche Bündnis sowie die Entspannungspolitik sind nach Godesberg wichtige Grundlagen sozialdemokratischer Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik geworden; das neue Programm muß aufzeigen, wie sich die SPD die Entwicklung zu einer europäischen Friedensordnung unter den heutigen internationalen Rahmenbedingungen vorstellt.

- Die Rolle der Frau in Gesellschaft und Staat hat sich in den letzten 30 Jahren gravierend verändert. Das Godesberger Programm behandelt die Frauen ausschließlich im Kontext von Familie und Jugend. Das neue Programm muß dem heutigen Selbstverständnis der Frauen und ihrem Streben nach rechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Gleichstellung entsprechen.

Antworten auf diese Entwicklung sind möglich, ohne die Grundentscheidungen von Godesberg in Frage zu stellen. Zu ihnen gehören:

- Die Ersetzung der marxistischen Gesellschaftsanalyse als programmatische Grundlage (Heidelberger Programm) durch ein an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiertes Verständnis des demokratischen Sozialismus.

- Die Beschreibung des demokratischen Sozialismus nicht als Endziel einer idealen Gesellschaftsverfassung, sondern als dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen und zu bewahren.

- Die weltanschauliche Offenheit der Partei, die keine letzten Wahrheiten verkündet und ihre Mitglieder nicht auf eine bestimmte Gesellschaftstheorie festlegt, sondern alle in ihren Reihen willkommen heißt, die sich zu den Grundwerten und Zielen des demokratischen Sozialismus bekennen.

- Das Bekenntnis zur Demokratie als Staats- und allgemeine Lebensform, mithin als Wesensmerkmal, nicht als bloßes Mittel zum Zweck des demokratischen Sozialismus.

- Die Aufhebung der Gleichsetzung von Sozialismus und Sozialisierung durch die Feststellung, daß Vergesellschaftung nicht mehr als ein Mittel unter anderen zur Erreichung der Ziele der SPD sein kann, jedoch weder notwendige Voraussetzung noch Wesensmerkmal des demokratischen Sozialismus ist.

- Die Zielsetzung einer gemischten Wirtschaftsordnung, in der Markt- und staatliche Lenkung sich bedingen und ergänzen.

Auf der Grundlage dieser Entscheidung von Godesberg hat die Partei ihre größten politischen Erfolge der Nachkriegszeit errungen. Die SPD muß die Fragen und die Impulse, die von neuen gesellschaftlichen Bewegungen ausgehen, aufgreifen. Sie steht dabei nach wie vor vor der Aufgabe, einen Ausgleich verschiedener Auffassungen herbeizuführen und für ein politisches Gesamtkonzept einzusetzen.

Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms markiert in seiner Gesamtheit den Versuch, Wandel und Kontinuität miteinander in Einklang zu bringen. Ökologie, qualifiziertes Wachstum, Gleichstellung der Frau, Westbindung und Entspannungspolitik sind die Antworten auf den Wandel. Dabei mischen sich Aussagen, die in ein Grundsatzprogramm gehören, mit einzelnen Festlegungen, die besser auf der Ebene von Fach- und Aktionsprogrammen erfolgen sollten. Es ist deshalb notwendig, die Grundentscheidungen der SPD zu den zentralen Politikbereichen sowohl unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität wie auch des Wandels in einer konzentrierten Form zusammenzufassen. Eine überarbeitete Fassung des IRSEER Entwurfs muß diese Aufgaben leisten und dabei auch die nachfolgenden Schwerpunkte setzen.

3. Sicherheit und Frieden

Der Zweite Weltkrieg hat die Welt neu geordnet. Vor allem in Mitteleuropa sind nicht nur Grenzen verändert, sondern neue Einflußsphären von Gesellschaftssystemen mit grundlegenden Unterschieden in Philosophie und Menschenbild geschaffen worden. Die Teilung Deutschlands hat uns zu Hauptbetroffenen der Teilung Europas und des Ost-West-Konfliktes gemacht.

Die Konturen einer europäischen Friedensordnung - an der deutsche und europäische Sozialdemokraten seit langem arbeiten - sind inzwischen erkennbar geworden, in der Frieden ohne Bedrohung und Abschreckung möglich erscheint. Demokratische Sozialisten verkennen dabei nicht, daß veränderte Wahrnehmungen und Verhaltensweisen zwischen den Staaten und Völkern die Unvereinbarkeit von autoritärem Kommunismus und parlamentarischer Demokratie nicht aufheben.

3.1 Die Westbindung der Bundesrepublik

Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis ist Ausdruck ihrer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Einbettung in die Wertegemeinschaft der Staaten des Westens mit parlamentarischer Demokratie. Die Westbindung der Bundesrepublik ist keine vorübergehende Konstellation, sondern Folge historischer Grundsatzentscheidungen. Die westeuropäische Integration, die Jahrhunderte alte Kriegsursachen verläßlich beseitigt, muß darüber hinaus als Teil einer europäischen Friedensordnung gestaltet werden; sie bildet ein Hauptziel sozialdemokra-

tischer Außenpolitik. Sie ist darüber hinaus Voraussetzung für eine aktive Rolle der Bundesrepublik in der Entspannung des Ost-West-Verhältnisses und für die Verbesserung von Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

Deutlicher als bisher muß die Westliche Verteidigungsgemeinschaft auf zwei gleichberechtigte Pfeiler gegründet werden: Die nordamerikanischen und die westeuropäischen Mitgliedsstaaten. Dabei bleiben die alliierte Vorneverteidigung und die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf bundesdeutschem Boden notwendiger sichtbarer Ausdruck der Bündnissolidarität. Auch im eigenen Interesse müssen die europäischen Staaten bereit sein, in stärkerem Maße für ihre Sicherheit zu sorgen. Die Zusammenarbeit mit Frankreich muß vor allem in der Konventionellen Verteidigung ausgebaut und mit der militärischen Integration der Bundesrepublik vereinbar gemacht werden.

Die Nordatlantische Allianz ist nicht nur ein befristetes Zweckbündnis unabhängiger Staaten, sondern sie ist auf der Basis gemeinsamer Grundüberzeugungen zum Schutz der Menschenrechte im staatlichen Gefüge und im internationalen Umgang aufgebaut. Die konkrete Umsetzung des Grundwertes Freiheit in Ost und West ist immer noch das entscheidende Unterscheidungsmerkmal der Wertordnungen. Solange der fundamentale Gegensatz der Gesellschaftssysteme besteht, und solange militärische Machtmittel in erheblichem Ausmaß vorhanden sind und die Drohung ihres Einsatzes nicht ausgeschlossen werden kann, ist eine Aufrechterhaltung des westlichen Verteidigungsbündnisses für alle Mitglieder lebenswichtig. Die stärkere sicherheitspolitische Kooperation der Westeuropäer bildet dafür eine wichtige Voraussetzung.

3.2 Überwindung der Abschreckung

Mit dem anzustrebenden System gemeinsamer Sicherheit zwischen Ost und West unvereinbar sind offensive Elemente in der Militärdoktrin, in den Strategien und Streitkräftestrukturen sowie eine deutliche Überlegenheit bei einer Kategorie von Waffen. Eine defensive Umorientierung der östlichen Militärstrategie und die Anerkennung des Prinzips der Hinlänglichkeit für die eigenen Verteidigungsanstrengungen sind Voraussetzungen für die beiderseitige Überwindung des Systems konventioneller und nicht-konventioneller Bedrohung und Abschreckung.

Eine kritische Bewertung der Nachkriegsentwicklung in Europa wird trotz der mangelnden Akzeptanz atomarer Abschreckung zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Furcht vor Atomwaffen einen Krieg zwischen Ost und West bisher hat verhindern helfen. Dies rechtfertigt jedoch nicht eine Verteidigungsstrategie, die ohne den möglichen Ersteinsatz von Atomwaffen im Verteidigungsfall nicht auszukommen glaubt. Sozialdemokraten halten unverändert an dem Ziel eines von Massenvernichtungswaffen freien Europas fest.

Die Notwendigkeit der Beseitigung von krassen Ungleichgewichten bei militärischen Machtmitteln sollte nicht zu dem Versuch führen, eine exakte Balance zwischen Ost und West in Mitteleuropa erreichen zu wollen. Übertriebenes Gleichgewichtdenken und Wettrüsten sind zwei Seiten einer Medaille. Ein strikt defensiv orientiertes Bündnis kann partielle Unterlegenheit hinnehmen, die die Hinlänglichkeit eigener Verteidung nicht in Frage stellt.

3.3 Der deutsche Verteidigungsbeitrag

Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist reich an belasteten Beziehungen zum Militär als staatlicher Institution. Obwohl Pazifisten in den Organisationen der Arbeiterbewegung immer eine politische Heimat hatten, war die deutsche Sozialdemokratie nie eine pazifistische Partei, die aus gesinnungsethischen Gründen Landesverteidigung mit militärischen Mitteln abgelehnt hätte. Nachdem in der Bundesrepublik Deutschland grundlegende politischen Entscheidungen zur NATO-Mitgliedschaft und zur Wiederbewaffnung gefallen waren, haben Sozialdemokraten maßgeblich am Aufbau der Bundeswehr mitgewirkt.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik, die sich im Zuge der Nachrüstungsdiskussion Ende der 70er Jahre neu bildete, hat unübersehbar zur Problematisierung von Hochrüstung und atomarer Abschreckung beigetragen. Die Sozialdemokratische Partei befindet sich mit maßgeblichen Repräsentanten der Bewegung, mit kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen sowie mit Angehörigen der Streitkräfte in einem fruchtbaren Dialog über die Notwendigkeit einer aktiven Friedenspolitik.

Die Solidarität mit den Zielen der Friedensbewegung findet dort ihre Grenzen, wo mit sozialdemokratischer Programmatik unvereinbare Forderungen erhoben werden. Alternativen zur mühevollen Weiterentwicklung von Entspannung und Abrüstung auf der Grundlage von Bündniszugehörigkeit und internationalen Verhandlungen müssen dann verworfen werden, wenn ihre Verwirklichung die Sicherheit der Bundesrepublik und ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit gefährden würde.

3.4 Gemeinsame Sicherheit

Die Entspannungspolitik der 70er Jahre hat Hoffnungen der Menschen in Deutschland, Europa und in der ganzen Welt auf ein Ende des Wettrüstens und eine neue Qualität der internationalen Zusammenarbeit begründet. Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung waren die Wegbereiter der Beendigung des Kalten Krieges.

In einer zweiten Phase der Entspannung sind Sozialdemokraten Wegbereiter für ein neues System gemeinsamer Sicherheit, das vor allem in Europa den Rüstungswettlauf und das Dilemma atomarer Abschreckung überwinden helfen soll. Ein Korridor in Mitteleuropa ohne westliche und östliche Atomwaffen, ohne Chemiewaffen und ohne schweres, zum Angriff geeignetes Gerät ist als Zwischenlösung auf dem Weg zu einem von Massenvernichtungswaffen freien Europa konkrete Utopie geworden.

Das Prinzip gemeinsamer Sicherheit im Atomzeitalter muß aus dem Stadium abstrakter Zielbeschreibungen in konkrete Verhandlungen zwischen den Bündnissen und den Supermächten überführt werden. Wenn es von allen Beteiligten anerkannt wird, und wenn sich Militärstrategien, Rüstungen und Streitkräftestrukturen an diesem Prinzip orientieren, kann es zur dauerhaften Grundlage unserer Sicherheit werden.

4. Demokratie in Staat und Gesellschaft

Für uns Sozialdemokraten ist der demokratische Staat die allein annehmbare Ordnung für das Zusammenleben der Menschen. Aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und dem Zweiten Weltkrieg haben wir Deutsche die Lehre zu ziehen, daß von deutschem Boden kein Krieg, aber auch keine Diktatur mehr ausgehen darf. In diesem Sinne verstehen wir die Präambel unseres Grundgesetzes nicht als machtpolitischen Anspruch, sondern als geschichtlichen Auftrag, für Freiheit und Selbstbestimmung einzutreten.

Die sozialdemokratischen Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität können nur in einem auf Menschenwürde und Freiheit der Person beruhenden Rechtsstaat verwirklicht werden. Aus diesen Grundwerten ergeben sich die Grundrechte des einzelnen Bürgers, die in ihrem Wesensgehalt nicht änderbar sind. Insoweit findet auch das für die Demokratie entscheidende Mehrheitsprinzip seine Begrenzung. Grundrechtsschutz und Minderheitenschutz sind der Mehrheitsentscheidung entzogen. Für Sozialdemokraten gehören zu den demokratischen Grundrechten nicht nur die Gewissensfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit, die Freiheit der Religionsausübung, die Freiheit der Berufswahl, sondern ebenso die Freiheit von materieller Not und die Freiheit von der Sorge um den Arbeitsplatz. Freiheitsrechte und soziale Rechte sind für uns eine Einheit. Unser Freiheitsverständnis ist nicht liberalistisch, sondern sozial und gemeinschaftsverbunden.

Nach unserem Staatsverständnis darf es weder einen Obrigkeitsstaat noch eine Zuschauerdemokratie geben. Der demokratische Staat ist dem Bürger nicht übergeordnet, sondern bezieht seine Legitimation aus dem Volkswillen. Gerade deshalb muß der mündige Bürger seine Mitwirkungs- und Mitgestaltungsrechte wahrnehmen und sich für das Gesamtwohl

verantwortlich fühlen. Dazu gehört die Einsatz-, Leistungs- und Opferbereitschaft, die an den Staat und die Gesellschaft nicht nur Anforderungen stellt, sondern das Verhältnis des Bürgers zum Staat auch als Leistung für die Gemeinschaft begreift.

4.1 Pluralismus und Grundkonsens

Demokratie ist ohne Toleranz, Pluralismus der Meinungen und dem Kompromiß als notwendigen Interessenausgleich nicht möglich. Toleranz ist Ausdruck von Stärke und Selbstbewußtsein einer Gesellschaft, nicht aber von Schwäche und Anpassung. In einer freiheitlichen Ordnung gibt es keine Staatsdoktrin, keine von oben verordnete Ideologie oder angebliche Wahrheit, sondern eine andauernde Auseinandersetzung über die besseren Wege und die besseren Lösungen.

Wir sehen in den anderen demokratischen politischen Parteien Partner im Ringen um diese besseren politischen Lösungen. Zur Demokratie gehört der offen ausgetragene Streit als notwendige geistige und politische Auseinandersetzung. Bei der Bewahrung der demokratischen Ordnung muß es aber auch einen Grundkonsens aller Demokraten geben. Deshalb lehnen wir ein Freund-Feind-Verhältnis ab.

Der Kompromiß ist ebenso wie die Toleranz und der Pluralismus ein Wesenselement der Demokratie. Der Kompromiß dient der notwendigen Interessenabwägung und dem erforderlichen Interessenausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie, zwischen dem freien Spiel der Kräfte und der sozialen Verantwortung, zwischen privaten und öffentlichen Anliegen. Nur wer den Kompromiß anerkennt und andere Meinungen gelten läßt, ist für die Demokratie tauglich.

4.2 Bürgermitwirkung und Parteien

Die politischen Parteien wirken nach unserer Verfassung bei der politischen Willensbildung mit, dürfen aber keine

ausschließlichen Mitwirkungsrechte beanspruchen. Wir treten dafür ein, daß die Parteien ihren Einflußbereich beschränken. Auch parteiungebundene Bürger und gesellschaftliche Gruppen müssen politische Einflußmöglichkeiten erhalten. Wir sind für Offenheit der politischen Entscheidungsprozesse. Auf diese Weise kann auch die notwendige Bürgernähe bei der politischen Willensbildung erreicht werden. Die repräsentative Demokratie, zu der sich die Schöpfer des Grundgesetzes aufgrund geschichtlicher Erfahrungen bekannt haben, hat sich bewährt. Deshalb sehen wir in der Forderung, plebiszitäre Elemente in der Bundesverfassung einzuführen, Gefahren und Risiken für die Stabilität unserer demokratischen Ordnung, vor allem für Minderheitenschutz, Reformfähigkeit, Berechenbarkeit und Rationalität politischer Entscheidungen. Dennoch bleiben wir aufgefordert, über neue Möglichkeiten der erweiterten Bürgermitwirkung nachzudenken. Wir treten dafür ein, daß die demokratischen Parteien attraktiver werden, um mehr Bürgerinnen und Bürger als bisher als Mitglieder gewinnen zu können. Die Rechte der einzelnen Parteimitglieder müssen gestärkt werden, bei den wichtigen Mandaten muß die Urwahl der Parteimitglieder eingeführt werden.

Demokratie darf nicht nur als Organisationsprinzip des Staates verstanden werden mit freien Wahlen, Kontrolle und Abwählbarkeit der Regierung, Mitverantwortung von Regierungsparteien und Opposition. Demokratie muß das Gestaltungsprinzip des staatlichen und gesellschaftlichen

Lebens insgesamt sein. Es darf nach unserer Staatsauffassung keine unkontrollierte Macht geben - auch nicht in der Wirtschaft, in den Verbänden und Großorganisationen, in den Medien. Demokratie kann es nur mit Mitbestimmung geben. Zur Demokratie gehören Gewaltenteilung, eine föderalistische Ordnung im Bundesstaat, Dezentralisation und kommunale Selbstverwaltung.

4.3 Rechtsstaat und öffentlicher Dienst

Wichtig für das Vertrauen des Bürgers in seinen Staat ist nicht nur das Vorhandensein von rechtlichen Normen, die seinem Schutz dienen sollen, sondern deren Anwendung im konkreten Einzelfall. Öffentliche Verwaltung und Rechtsprechung erfüllen dabei im demokratischen Rechtsstaat eine besonders verantwortliche Aufgabe. Das Verhältnis Staat - Bürger besteht in der Demokratie nicht in einem Obrigkeit-Untertanenverhältnis. Die öffentlich Bediensteten müssen wissen, daß sie für den Bürger da sind und seine Interessen zu wahren haben. Aus diesem Verständnis heraus sind auch die Gesetze bei Ermessensspielräumen auszulegen. Der öffentliche Dienst ist noch stärker als bisher an dieser Grundorientierung auszurichten. Die Rechtsprechung kann nur dann ihre Aufgabe bei der Wahrung der Bürgerrechte erfüllen, wenn der Bürger nicht eine unangemessen lange Zeit auf gerichtliche Entscheidungen warten muß. Auch die rechtssprechende Gewalt darf den Bürger nicht als Untertanen oder Bittsteller behandeln.

Bürgernähe bei öffentlichen Entscheidungen und Bürgerbeteiligung bei öffentlichen Planungen ist in einem demokratisch geordneten Gemeinwesen unverzichtbar. Wir

brauchen auch eine Entbürokratisierung bei Dienstleistungen des Staates, der Großorganisationen und Verbände, damit der Bürger die Angst verliert, anonymen Apparaten ausgesetzt zu sein. Entbürokratisierung muß Hilfe für den Bürger sein, darf aber nicht zum Abbau sozialer gerechter und sozialstaatlich notwendiger öffentlicher Leistungen führen.

Eine rechtsstaatliche Ordnung ist auf die Wahrung der Inneren Sicherheit angewiesen. Innere Sicherheit und Liberalität stehen nicht selten in einem Spannungsverhältnis. Wir treten dafür ein, daß dieses Spannungsverhältnis nach dem rechtsstaatlichen Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel aufgelöst wird.

Sozialdemokraten achten geltende Gesetze. Wenn sie für Veränderungen sind, beschreiten sie den dafür vorgesehenen rechtsstaatlichen Weg. Sozialdemokraten lehnen ein Widerstandsrecht gegen demokratisch zustande gekommene politische Entscheidungen und staatliche Handlungen ab. Verfassungsgerichte und Verwaltungsgerichte schützen den Einzelnen gegen rechtswidrige Eingriffe des Staates in geschützte Rechtspositionen. Nur dem Staat kann ein Gewaltmonopol zuerkannt werden, das die Schwachen zu schützen hat und den Rechtsfrieden sichern muß.

4.4 Demokratie und Nationale Identität

Unsere Bereitschaft, unseren demokratischen, freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat, den wir mitgeschaffen haben und den wir festigen, ausbauen und immer wieder reformieren wollen, gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen, beruht auf der Verantwortung, die Sozialdemokraten immer für ihr Volk getragen haben. Nach unserem Verständnis gehört zu den demokratischen Wert-

vorstellungen auch ein deutsches Selbstbewußtsein, das in die Grundwerte einer demokratischen Gesellschaft eingebunden ist und das Gegenteil von romantisch verklärtem Nationalismus der Vergangenheit ist, der unser Volk in die Katastrophe der jüngsten Geschichte geführt hat.

Wir brauchen in unserer geteilten Nation und in dem von uns gewollten vereinten Europa eine in der Demokratie verankerte nationale Identität. Dazu gehört ein Bekenntnis zur gesamten Geschichte unseres Volkes - zu Höhen und Tiefen, zu Schuld und Verstrickung, zu den großen Leistungen des Geistes, der Kultur und der Wissenschaft in unserem Volk. Zu einem gesunden Selbstbewußtsein gehört, daß wir unseren Staat, die Bundesrepublik Deutschland, zu einem vorbildlichen freiheitlichen Gemeinwesen ausbauen. Dazu gehört ebenso, daß wir uns als Deutsche in beiden deutschen Staaten als Geschichts-, Sprach-, Kultur- und Gefühlsgemeinschaft verstehen. Das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung steht nicht zur Disposition.

5. Wirtschaftliche Leistung und Lebensqualität

Weltweite Arbeitsteilung, immer schneller und breiter werdende Entwicklung neuer Technologien und eine Vielzahl sozialstaatlicher Maßnahmen haben in den letzten vier Jahrzehnten zu umfassender Verbesserung der Lebensmöglichkeiten in den Industrienationen geführt. Gleichzeitig vertiefte sich aber das Nord-Süd-Gefälle, vergrößerte sich die materielle Not in vielen Entwicklungsländern und verschärften sich die Probleme aus der zunehmenden Umweltzerstörung durch eine die ökologische Zusammenhänge mißachtende Produktion.

Der ständig wachsende Rüstungsaufwand in Ost und West bindet immer mehr Produktionskräfte für unproduktive Aufgaben und blockiert teilweise die Vermehrung von Gütern, mit denen sonst Wohlfahrt und Soziale Sicherung verbessert werden könnten. Die Verknappung natürlicher Ressourcen, weltweit wirkende Rohstoffkartelle bei gleichzeitiger Überschuldung der nicht Rohstoffe-produzierenden Entwicklungsländer belasten den Weltmarkt und führen zu sich selbst verstärkenden Ungleichgewichten.

Weltwirtschaftliche Verwerfungen und die Sozialsysteme belastende Rückwirkungen auf die nationale Wirtschaft zeigen sich quer durch alle Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Rein kapitalistisch orientierte Volkswirtschaften sind in gleicher Weise betroffen wie die mit einer zentralverwalteten Wirtschaftsordnung. Am widerstandsfähigsten zeigen sich marktwirtschaftlich orientierte Volkswirtschaften mit strikter Sozialbindung und hohem technologischem Entwicklungsstand, die der konservativen Versuchung zum krisenbedingten Sozialabbau widerstanden. In vielen anderen Staaten,

ganz stark auch in der Bundesrepublik, verschlechterte sich in den 80er Jahren die Beschäftigungslage drastisch und wurde ein wesentlicher Teil der Bevölkerung einem schleichenden Verarmungsprozeß unterworfen. Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, die der Arbeit den Vorrang vor dem Kapital gibt und zum Ziel hat,

- das Recht auf Arbeit für alle
- eine gerechte Verteilung der Einkommen und Vermögen,
- zureichende Versorgung der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen bei entsprechender Nutzung von Wissenschaft und Technik und ökologisch verträglicher Produktionsweise sowie
- die Grundlagen eines zuverlässigen Systems der Sozialen Sicherheit

zu gewährleisten, muß diese weltweiten Bedingungen beachten, Einfluß auf sie nehmen und gleichzeitig alle Möglichkeiten der Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Sozialpolitik, ergänzt durch die Technologie- und Bildungspolitik auf die Verbesserung der Beschäftigung konzentrieren.

5.1 Markt und Staat

Die marktwirtschaftliche, aber sozial gebundene Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik hat große Erfolge für die Verbesserung der Lebenslage der breiten Schichten gebracht. Die wirtschaftspolitische Linie des Godesberger Programms: "So viel Wettbewerb wie möglich, so viel Planung wie nötig" gilt auch für die

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Zukunft. Die tiefen Einbrüche der 80er Jahre in das Sozialgefüge und die drastische Verschlechterung der Beschäftigungslage sind nicht das Ergebnis dieser Wirtschaftsordnung, sondern falscher politischer Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene. Zur Bewältigung der Zukunftsprobleme brauchen wir keine dem Grunde nach neue Wirtschaftsordnung, aber die politische Führung muß die Kombination von Markt- und staatlichem Handeln ständig neu überprüfen und den gesetzgeberichen Rahmen für das wirtschaftliche Geschehen entsprechend gestalten. Dies gilt für die Bewältigung der Umweltprobleme ebenso wie für den Infrastrukturausbau und mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik muß dem dezentralen Instrument des Marktes überlassen, was es besser kann als staatliche Maßnahmen: Eine ständig sich ändernde Vielfalt des Angebotes zu bieten und über den Wettbewerb Kostendruck auszuüben und Strukturwandel zu beschleunigen. Aber der Markt, sich selbst überlassen, neigt dazu, sich auch selber aufzuheben, Konkurrenzdruck zu unterlaufen und Neuzugänge einzuschränken. Nur scharfes Wettbewerbsrecht und strikte staatliche Datensetzung sichern die Vorteile des Marktes. Und diese wirken umsomehr im Interesse der Mehrheit der Bürger, je besser der Staat seine Aufgaben erfüllt. Das reicht von rechtzeitigem Infrastrukturausbau bis zur Sicherstellung einer zunehmend umweltverträglichen Produktion und Minimierung allen umweltschädlichen Verhaltens. Die für das Überleben der Industrienationen unverzichtbare ökologische Modernisierung der Wirtschaft kann vom Markt allein nicht erwartet werden; staatliche Datensetzung muß dies den Unternehmen vorgeben und für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen. Nicht Vorrang

von Staat oder Markt als pauschale Vorgabe der Wirtschaftsordnung ist künftig das Thema, sondern eine ständig an die sich ändernden Probleme anzupassende Kombination von staatlichem Handeln und Markt.

Markt, Sozialstaatprinzip, Wirtschaftsdemokratie und handlungsfähiger Staat sind die Kernelemente unserer Wirtschaftsordnung und müssen es bleiben. Keines dieser Elemente ist ersetzbar, aber auch keine einseitige Ausrichtung auf eines dieser Elemente ist mit sozialdemokratischen Grundsätzen vereinbar. Der so definierte Handlungsrahmen ist sozialpolitisch und ökonomisch vernünftig und zur Lösung der künftigen Probleme besser geeignet als jede andere Wirtschaftsordnung.

5.2 Chancen neuer Technologien nutzen, Gefahren minimieren

Industrialisierung und Technik haben den heutigen Lebensstandard erst möglich gemacht - nur so wird sich auch in Zukunft die wachsende Erdbevölkerung ernähren lassen. Aber allzu lange galt jede technische Entwicklung als "Fortschritt", wurden die Folgen für Mensch und Umwelt mißachtet. Mit anhaltender Arbeitslosigkeit wachsen sich vorhandene Ängste vor neuen Produktionsverfahren und computergesteuertem Faktoreinsatz leicht zu überdimensionierten Gespenstern aus. Unreflektierte Technikfeindlichkeit, Rückzug in alternative Scheinidyllen und Aussteigerhaltungen sind die Folge.

Nun steht der Mensch nicht erst seit der Erfindung der Dampfmaschine zu den Entwicklungen der Technik und der Anwendung neuer Technologien in einem ambivalenten

Spannungsverhältnis - Neues ist zu allen Zeiten mit Mißtrauen und Begeisterung zugleich aufgenommen worden. Von der Erfindung des Rades bis zum Vorstoß in den Weltraum gilt für jede neue Technik, daß sie Ängste und Hoffnungen gleichzeitig hervorruft, daß die Menschen Chancen sehen und Gefahren fürchten. Und je größer die Dimension und die qualitativen Sprünge der Neuerungen, desto verständlicher, daß Ängste stärker empfunden werden als mögliche Hoffnungen. Dies gilt nicht nur für Kernspaltung und Weltraumtechnologie; auch die sich ständig selbst überholenden Forschungen bei der Bio- und Gentechnik führen zu wachsender Unsicherheit.

Mikroprozessoren und Roboter - um nur zwei Elemente der modernen Produktion zu nennen - wecken nicht die von der Kernspaltung verursachten Urängste in den Menschen, aber ihre Arbeitsweise, Anwendung und Ausdehnung sind für die große Mehrheit undurchschaubar und rufen darum vielfältige Befürchtungen hervor. Trotzdem kann in einer so hoch entwickelten Industrienation wie der Bundesrepublik auf die Anwendung neuer Technologien nicht verzichtet werden. Weltmarktverflochtenheit und die Verdichtung aller ökonomischen und infrastrukturellen Bezüge in der eigenen Volkswirtschaft zwingen zur jeweils neuesten Produktionsweise. Doch wenn prinzipiell die Anwendung neuer Technologien bejaht werden muß, kommt dem "wie", "wann" und "wo" umso größere Bedeutung zu. Das bedeutet auch, daß nicht alles und vor allem nicht alles zu jeder Zeit, anzuwenden ist.

Gesetzgebung und politische Führung müssen die soziale Beherrschung der gegenwärtigen und künftigen Technik sicherstellen, dafür sorgen, daß die technische Entwicklung zum Nutzen der Menschen angewendet wird.

Wenn gleichzeitig mit einer vernünftigen Arbeitszeitpolitik die Beschäftigungsmöglichkeiten aller verbessert und die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten erhöht werden, liegt im Zusammenspiel der Anwendung neuer Technologien und weiterer Arbeitszeitverkürzungen eine der großen Chancen der Zukunft.

5.3 Ökologische Modernisierung der Wirtschaft

Luft, Wasser und Boden sind längst keine "freien Güter" mehr, sie sind zunehmend knapp geworden und erfordern pfleglichen Umgang. Die betriebswirtschaftliche Kalkulation weist gesamtwirtschaftliche Kosten nicht aus, zur notwendigen Umstellung von umweltschädlicher zu umweltfreundlicher Produktion sind staatliche Vorgaben unverzichtbar.

Die Berücksichtigung ökologischer Kreisläufe, die Verminderung der bestehenden Umweltbelastung und die vorbeugende Verhütung künftiger Schäden erfordern aber nicht weniger, sondern mehr Einsatz moderner Techniken. Nur mit Hilfe modernster Entstickungs-, Entschwefelungs- und anderer Technologien kann künftig eine bessere Versorgung mit Gütern bei umweltfreundlicher Produktion gewährleistet werden.

Intensive Forschungsförderung bei Umweltschutztechnologien und der Entwicklung regenerativer Energiequellen weist den Weg zu einer Welt mit besserer Umwelt und Beschäftigung zugleich. Für die Bundesrepublik bietet sich hier gleichzeitig die Chance, eine weltweite Spitzenposition in modernen Umweltschutztechnologien zu erringen und eine künftig immer bedeutsam werdende Beschäftigungsgrundlage zu verbreitern.

5.4 Europäische Integration und neue Weltwirtschaftsordnung

So mühsam die europäische Integration auch vorankommt, der europäische Binnenmarkt bleibt die große Chance aller Beteiligten. Die weitere europäische Integration ist auch ein wesentlicher Faktor für eine bessere Weltwirtschaftsordnung. In der Balance zwischen dem Dollarraum, der Yenregion und einem europäischen Währungssystem liegt die Chance einer Verbesserung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, eines langsamen Abbaus des Nord-Süd-Gefälles.

Allerdings müssen die Sozialdemokraten auch die Konsequenzen ihres uneingeschränkten Bekenntnisses zu Europa akzeptieren. Wir können nicht gleichzeitig eine nationale Energiepolitik ohne Rücksicht auf europäische Entwicklungen fordern und Europa verwirklichen wollen. Unsere Forderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen bei ihren Verwirklichungen Europas Einigung weiterbringen. Weder europäische Träume noch nationale Regelungen allein helfen weiter. Europa muß eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erhalten, die unseren Grundforderungen gerecht wird.

Weltweite Arbeitsteilung fördert den Wohlstand aller, wenn die Chancen der Teilnahme gerecht verteilt werden. Materielle Begünstigung der nicht entwickelten Volkswirtschaften muß im Interesse aller Beteiligten politisch durchgesetzt werden mit der Einsicht: Wirksame Entwicklungshilfe ist überlebenswichtig für alle.

Für die Redaktionsgruppe:

Florian Gerster, MdB
Bundeshaus HT 1200
5300 Bonn 1
0228/16-5765